

Pulsnitzer Anzeiger

Dhorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 45 Rpf., bei Lieferung frei Haus 50 Rpf. Postbezug monatlich 2.80 RM. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Preise und Nachlässe bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 8 — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stellv.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heimanteil, Sport u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Bilderdienst und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. D. V. X.: 2250. Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Hitler-Straße 4. Fernruf 518 und 550

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 265

Donnerstag, den 12. November 1936

88. Jahrgang

Neue Provokation in Danzig Polen beschmucken nationalsozialistisches Hoheitszeichen

In der Stadt Danzig hat sich eine neue polnische Provokation ereignet, die alle bisherigen Feindseligkeiten gegen die deutsche Bevölkerung Danzigs in den Schatten stellt.

Am Dienstagabend fand in der Sporthalle in Danzig anlässlich des 18jährigen Bestehens Polens eine von der polnischen Kolonie in Danzig veranstaltete Festlichkeit statt. Der Wirt der Sporthalle hatte für Polizeibeamte, die, wie üblich, aus Sicherheitsgründen zur unauffälligen Überwachung dieser Veranstaltung kommandiert waren, ein kleines Zimmer reserviert. In diesem Zimmer steht ein Schrank, in dem sich Symbole und Hoheitszeichen des Deutschen Reiches und der nationalsozialistischen Bewegung befinden. Vier Personen der Versammlung machten sich an dem Schrank zu schaffen und beschäftigten sich auch in einer Ecke des Zimmers mit irgend etwas. Da sie sich von einem Kriminalbeamten, der einen Blick in das Zimmer warf, beobachtet fühlten, entfernten sich die Personen.

Die Feststellung über das Treiben der Personen durch den diensttuenden Kriminalbeamten ergab, daß von den Symbolen und Hoheitszeichen des Deutschen Reiches und der nationalsozialistischen Bewegung mehrere zerrissen waren. In der einen Ecke des Zimmers lag ein Hoheitszeichen, das von den fraglichen Personen sogar in widerlicher Weise beschmuckt worden war.

Der Leiter der Veranstaltung, Professor Gawel, der auch Vorsitzender der „polnischen Schulumutter“ ist, wurde hiervon unterrichtet. Diesem war die Angelegenheit äußerst unangenehm, und er bat um Feststellung der in Frage kommenden Personen. Es handelt sich hierbei um folgende: Joseph Heimowski, Jan Kurowski und Georg Dmiecki, die sämtlich Eisenbahner sind und in Danzig wohnen.

Heimowski gab die Tat in Gegenwart des Versammlungsleiters zu. Die anderen Personen wurden von Heimowski als Mittäter bezeichnet.

Der Name der vierten Person konnte leider nicht festgestellt werden, da sie von den Tätern nicht verraten wurde. Nachdem der Sachverhalt geklärt war, wurden die drei Personen entlassen. Der Leiter der Veranstaltung versuchte, die Tat als einen „dummen Streich“, begangen in Trunkenheit, darzustellen, und bat den Kriminalbeamten wiederholt, die ganze Angelegenheit an Ort und Stelle

gleich mit Geld gutmachen (!) zu wollen, damit nichts an die Öffentlichkeit gelange. Dieses Ansinnen ist von dem Danziger Beamten natürlich mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen worden.

Die Verletzung der nationalsozialistischen und deutschen Hoheitszeichen durch polnische Staatsangehörige auf Danziger Boden hat sowohl in allen amtlichen Kreisen Danzigs wie auch in den nationalsozialistischen Bevölkerungskreisen große Empörung ausgelöst.

Am polnischen Nationalfeiertag konnte man auf den Danziger Bahnhöfen und allen mit Polen in Verbindung stehenden Gebäuden die weiß-rote polnische Fahne flattern sehen. Ein Beweis für die Achtung, die man im deutschen Danzig dem polnischen Hoheitszeichen entgegenbringt. In kraßem Gegensatz zu diesem korrekten und loyalen Verhalten des Freistaates Danzig steht der neue skandalöse Vorgang, der sich bei der polnischen Nationalfeier in der Danziger Sporthalle abgespielt hat. Nach der maßlosen Hege der polnischen Presse über den „Dorfschreck in Schöneberg“ und den herausfordernden Angriffen des Westverbandes in Gdingen stellt die Besudelung der nationalsozialistischen Hoheitszeichen durch die polnischen Provokateure in Danzig den Höhepunkt der Feindseligkeiten gegen Danzig und das Reich dar. Was würde die polnische Presse dazu sagen, wenn die Hoheitszeichen ihres Landes durch fremde Staatsangehörige in dieser unerhörten Weise besudelt und beschmuckt würden? Wenn auch der Leiter dieser polnischen Veranstaltung gewisse Entschuldigungen für diese schwersten Beleidigungen und Zerstörung nationalsozialistischer Symbole abgab, so bleibt doch die traurige Tatsache bestehen, daß sich solche Vorfälle überhaupt im Anschluß an die polnische Nationalfeier ereignen konnten. Ein großer Teil der Schuld an diesem neuen Vubensstreich trifft die polnische Presse, die in den letzten Wochen die Stimmung der polnischen Öffentlichkeit gegen Danzig bewußt schürt und durch die maßlose Aufschaukung von rein lokalen Zwischenfällen die Beziehungen zwischen Danzig und Polen zu stören versucht. Es muß die dringende Erwartung ausgesprochen werden, daß die maßgebenden polnischen Stellen dieses allen Anstand höhnsprechende Vorgehen ihrer Schützlinge in dem Freistaat Danzig auf das schärfste mißbilligen und durch Unterbindung des von der polnischen Presse betriebenen Heßfeldzuges einer Wiederholung derartiger skandalöser Zwischenfälle für die Zukunft vorbeugen.

men, gewisse Punkte in Verbindung mit dem vorgeschlagenen Westpaß zu erwägen, an denen Polen ein Interesse hat. Es wurde anerkannt, daß die Mittel gefunden werden müßten, damit Polens legitime Interessen in dieser Angelegenheit geachtet werden. Die Minister Beck und Eden sind der Meinung, daß die internationale Zusammenarbeit am besten innerhalb des Rahmens des Völkerbundes aufrechterhalten werden kann, und daß für die Hoffnungen einer europäischen Befriedung nichts verhängnisvoller sein würde als die anscheinende oder wirkliche Teilung Europas in entgegengesetzte Blöcke.

Anerkennung des römischen Imperiums

Nach Deutschland jetzt auch Ungarn und Oesterreich.

Bei einem Bankett, das der österreichische Bundeskanzler Dr. Schuschnigg den Vertretern der Rom-Pakt-Staaten gab, wurden bedeutsame Erklärungen gewechselt. Der ungarische Außenminister erklärte, daß der ungarische Reichsverweser bei seinem baldigen Besuch in Rom dem König von Italien die Anerkennung des römischen Imperiums in Abessinien persönlich überbringen werde. Bundeskanzler Dr. Schuschnigg erhob sein Glas auf das Wohl des Königs von Italien und Kaiser von Äthiopien, womit er ebenfalls seine Anerkennung des römischen Imperiums in Abessinien zum Ausdruck brachte.

„Truppe für alle Zwecke“

Fünf englische Divisionen zum Einsatz außerhalb des Landes.

In der Unterhausansprache wollte der konservative Abgeordnete Amery wissen, welche Rolle die britische Wehrmacht in einem zukünftigen Kriege auf dem europäischen Festland spielen würde und ob eine Expeditionstruppe zu diesem Zweck bereitgehalten werde.

Der Marineminister Sir Samuel Hoare erwiderte, es sei vorzuziehen, von einer „Truppe für alle Zwecke“ und nicht von einer Expeditionstruppe zu sprechen, da die letztere Bezeichnung von der Annahme ausgehen würde, daß sich die Ereignisse in derselben Weise wie 1914 abspielen würden. Er lehnte diese Annahme ab. (Hört, hört!)

Diese „Truppe für alle Zwecke“, die aus fünf Divisionen bestehen würde, müsse bereit sein, überall hinzugehen und jede Verantwortung zu übernehmen, die ihr aufgelegt werden würde.

Die Lage sei beträchtlich von derjenigen im Jahre 1914 verschieden. 1914 seien endgültige Verpflichtungen und ein tatsächlich zwischen dem französischen und dem britischen Generalstab vereinbarter Plan vorhanden gewesen. Im gegenwärtigen Falle lägen keine solchen Verpflichtungen vor. England müsse die Lage beurteilen, wenn sie entstehe.

Politische Rundschau

Dr. Dormüller in Paris. Vom 5. bis 7. November weilte der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn, Dr. Dormüller, in Paris, um an der Jahrestagung des geschäftsführenden Ausschusses des Internationalen Eisenbahnverbandes, dessen stellvertretender Vorsitzender er ist, teilzunehmen.

Verbesserung der Erwerbslosenfürsorge im Saarland. Im Saarland ist die Fürsorge für die Erwerbslosen größtenteils durch Vorschriften geregelt, die noch von der früheren Regierungskommission erlassen worden sind. Diese Vorschriften sind zum Teil ungünstiger als die im übrigen Reichsgebiet geltenden Bestimmungen des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Eine Reihe der Härten, die daraus für die saarländischen Erwerbslosen erwachsen, ist jetzt von der Reichsregierung durch eine Verordnung vom 29. Oktober 1936 auf Vorschlag des Reichskommissars für das Saarland beseitigt worden.

Frankreich zu Verhandlungen bereit

Ein Erklärung des französischen Außenministers

Am Waffenstillstandstage ließ der französische Außenminister Delbos eine Erklärung durch den Rundfunk verbreiten, in der es u. a. heißt, daß der Waffenstillstandstag in erster Linie ein Tag der Dankbarkeit und inneren Sammlung im Gedächtnis an diejenigen sei, die für das Vaterland gefallen seien. Sie seien schließlich auch für den Frieden gestorben, der aufrechterhalten werden müsse. Dies sei der tiefste Wunsch aller Franzosen. Man müsse gegen den Haß kämpfen, der die Völker entzweie, und gegen die Verblendung oder die Hinterlist derjenigen, die den Krieg als unausweichlich bezeichneten, und gegen die Drohungen, die die Welt in dauernder Mobilisierung hielten. Die friedliebenden Völker müßten sich vereinen und ihre Handlungen in Übereinklang bringen.

Dies sei die Aufgabe, die sich das republikanische Frankreich gestellt habe, und es werde nach dieser Richtung hin keine Initiative außer acht lassen. Es laße dazu alle Länder ohne Ausnahme ein, und es sei stets zu Verhandlungen und zu allen Abkommen bereit unter der einen Bedingung, daß sie niemanden bedrohten.

Das republikanische Frankreich wisse aber auch, daß die Stimme der Schwachen keinen Widerhall finde. Des-

halb wolle es stark und geeint bleiben, um sich selbst zu verteidigen und um diese Macht und Einigkeit in den Dienst des Friedens zu stellen.

Polens Annäherung an England

Internationale Zusammenarbeit im Völkerbund

Das Londoner Auswärtige Amt veröffentlichte über den Besuch des polnischen Außenministers Beck folgende amtliche Verlautbarung:

„Während der letzten drei Tage hatte der polnische Außenminister sowohl mit dem Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten als auch mit anderen Mitgliedern der britischen Regierung eine Reihe von Besprechungen über die allgemeine Lage in Europa und über Fragen, die Polen und England unmittelbar angehen.“

Die Minister Beck und Eden freuten sich, eine Übereinstimmung der Ansichten und Wünsche ihrer beiden Regierungen in Angelegenheiten, die von gemeinsamem Interesse für die beiden Länder sind, feststellen zu können; sie halten es für höchst wünschenswert, daß der Verkehr, die Regelung der europäischen Probleme zu fördern, weiterverfolgt werden sollte. Ferner wurde Gelegenheit genom-